

Änderungsantrag

der Abgeordneten Sven-Christian Kindler, Priska Hinz (Herborn), Katja Dörner, Dr. Tobias Lindner, Kerstin Andreae, Marieluise Beck (Bremen), Agnes Brugger, Katrin Göring-Eckardt, Uwe Kekeritz, Katja Keul, Ute Koczy, Tom Koenigs, Oliver Krischer, Jerzy Montag, Omid Nouripour, Claudia Roth (Augsburg), Manuel Sarrazin, Elisabeth Scharfenberg, Dr. Frithjof Schmidt, Dr. Harald Terpe und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 17/10200, 17/10202, 17/10805, 17/10823, 17/10824, 17/10825 –**

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2013
(Haushaltsgesetz 2013)**

**hier: Einzelplan 05
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die in den Haushaltsverhandlungen vorgenommenen Kürzungen um 10 Mio. Euro im Kapitel 05 02 Titel 687 79 „Leistungen im Rahmen des Stabilitätspaktes Afghanistan der Bundesregierung“ gegenüber dem Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2013 werden zurückgenommen und der Titel wieder auf das Niveau von 180,7 Mio. Euro angehoben.

Berlin, den 19. November 2012

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

Begründung

Im Rahmen der Bereinigungssitzung zum Bundeshaushalt 2013 hat die schwarz-gelbe Koalition die Leistungen im Rahmen des Stabilitätspaktes Afghanistan der Bundesregierung um 10 Mio. Euro gekürzt. Die Kürzungen wurden nicht mit dem Auswärtigen Amt abgesprochen. Noch im Juli 2012 hat die Bundesregierung auf der internationalen Geberkonferenz in Tokio erklärt, in den kommenden vier Jahren jeweils 430 Mio. Euro für den zivilen Wieder-

aufbau des Landes zu verwenden. Mit der nun erfolgten Kürzung bricht die schwarz-gelbe Koalition nach bereits wenigen Monaten die eingegangenen Versprechungen.

Der zivile Wiederaufbau und die Stärkung politischer und staatlicher Institutionen in Afghanistan muss auch in Zukunft eine wichtige Priorität für die Stabilisierung des Landes einnehmen. Auch nach dem Abzug der Bundeswehr darf die zivile Unterstützung aus Deutschland nicht verebben. Die geplanten Kürzungen sind zum jetzigen Zeitpunkt das absolut falsche politische Signal für die Menschen in Afghanistan, für die afghanische Zivilgesellschaft und gegenüber unseren internationalen Partnern. Die nachhaltige Friedensentwicklung Afghanistans darf nicht durch falsche Einsparprioritäten der schwarz-gelben Koalition aufs Spiel gesetzt werden.